

ZWEITES INTEGRATIONSFORUM 2011

„Integration
macht Fortschritte!?“

| Ergebnisse



ZWEITES INTEGRATIONSFORUM 2011



Am 6. Mai 2011 fand das Zweite Integrationsforum der Landeshauptstadt Hannover statt. Gut 250 interessierte Einwohnerinnen und Einwohner folgten der Einladung des Oberbürgermeisters ins Freizeitheim Vahrenwald, um unter der Überschrift „Integration macht Fortschritte!“ gemeinsam die bisherigen Ergebnisse der Umsetzung des Lokalen Integrationsplans zu diskutieren.

Im Oktober 2007 hatte es das Erste Integrationsforum in Hannover gegeben. Es war wichtiger Bestandteil des Dialogs zwischen Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik, in dessen Rahmen der „Lokale Integrationsplan“ (LIP) beschlussreif gemacht wurde. Seit der Verabschiedung des LIP durch den Rat der Landeshauptstadt Hannover im Sommer 2008 sind volle drei Jahre vergangen. Das Ziel des Zweiten Integrationsforums war daher eine kritische Sichtung, Optimierung und mögliche Ergänzung der konkreten Handlungsansätze des LIP. Wo kann die Integrationspolitik Hannovers besser werden? Was soll ausgebaut und weiterentwickelt oder was sollte verworfen werden? Zu prüfen war also, ob es ein Update des LIP auf der Ebene der Handlungsansätze braucht oder nicht.



Kernstück der fünfstündigen Veranstaltung bildeten fünf parallele Fachforen oder Workshops zu den einzelnen Themenfeldern des LIP, wobei die Themen der LIP-Felder 5 („Demokratie“) und 6 („Stadtverwaltung“) in einem Workshop behandelt wurden. Als Arbeitsgrundlage der Workshops dienten insgesamt 70 schriftliche Eingaben, die im Vorfeld des Forums von den relevanten Akteure im Feld Integration – Verbände, Vereine, Parteien, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften etc. – und der interessierten Stadtgesellschaft eingereicht worden waren.



Die Fachforen/Workshops wurden von Tandems aus je einer/m externen und internen Expert/in geleitet. Als interne Expert/innen fungierten durchweg die AG-Leiter/innen aus der Entstehungsphase des LIP. Als externe Expert/innen hatten sich fünf sachkundige Mitglieder aus dem Integrationsrat und den Integrationsbeiräten auf Stadtbezirksebene zur Verfügung gestellt. Die Tandem-Experten trafen vorab gemeinsam eine Auswahl aus den vorhandenen Eingaben für ihr jeweiliges Feld und brachten diese in die Workshops ein. Sie bereiteten schließlich auch die Ergebnisse zur Weiterverfolgung auf.



Im Nachgang wurden diese von Dezernat I [Grundsatzangelegenheiten] in Zusammenarbeit mit den Tandem-Expert/innen und den Moderator/innen der jeweiligen Fachforen ausgewertet und zu Empfehlungen verdichtet. Ein wesentliches Kriterium dabei war, ob eine konkrete Realisierungsperspektive auf der kommunalen Ebene erkennbar ist, also Ansatzpunkte für kommunales Handeln, das über bloße Appelle hinaus geht.

Dieser Prozess und die daraus resultierenden Empfehlungen werden nachfolgend dokumentiert.



Fachforum 1 „Bildung“

Experte (intern):	Dieter Wuttig	Leiter des Fachbereichs „Bildung und Qualifizierung“
Expertin (extern):	Fulya Kurun	Mittlerin für Ausländer bei der Polizeidirektion Hannover



Vier Themen dominierten die lebhafte Diskussion im Fachforum „Bildung“: Sprachförderung, Hausaufgabenhilfe, Bildungskarriere und Qualifizierung von Erzieher/innen bzw. Pädagog/innen. Mehr als fünfzig Menschen brachten ihre Erfahrungen in das Forum ein und zeigten dabei – zusammen mit den vorab eingereichten schriftlichen Vorschlägen¹ –, wie breit das Spektrum an Engagement zu Fragen der Integration ist. Ein Punkt, an den die

Diskussion immer wieder zurückkehrte, war die Erkenntnis, dass der Erwerb der deutschen Sprache die Grundvoraussetzung für Integration ist. Einig war man sich zudem bei der Forderung nach mehr Förderung durch das Land und nach einer Bündelung der Zuständigkeiten. Wenig Dissens gab es auch bei der Beschreibung der Problemfelder: Es fehlt an Sprachförderung in Kitas und Schulen durch geschultes Personal. Gelernt wird nach wie vor in zu großen Klassen. Und auch bei den Erwachsenen gibt es Förderlücken. Mütter, die einen Sprachkurs absolviert haben, brauchen kontinuierliche Gesprächskreise, sonst gehen die Lernerfolge wieder verloren. Immer mehr Zugewanderte sind Analphabeten.



Zu Recht wurde allerdings eingewendet, dass auch lupenreines Hochdeutsch noch keine erfolgreiche Bildungskarriere garantiert. Wer im deutschen Bildungs-Dschungel erfolgreich sein will, braucht Unterstützung vom Vorschulalter bis zum Abitur. Wo Familien dies nicht leisten können, müssen Hausaufgabenhilfe und Bildungsbegleitung konzentrierter angeboten werden. Die Bildungslotsen leisten hier wichtige Arbeit. Die Zusammenarbeit vom Kitas und Schulen ist immer noch verbesserungsfähig. Und für diejenigen, die im ersten Anlauf im

Bildungssystem nicht erfolgreich waren, sollte die Volkshochschule noch mehr Kurse anbieten, die zu einem nachgeholt Schulabschluss führen. Dies war übrigens eine Anregung, die die VHS Hannover schon in die Tat umsetzen konnte.



Bildungskarrieren müssen vorgelebt werden, dies gilt auch nach dem erfolgreichen Schulabschluss. Denn wo es keine akademische Tradition in der Familie gibt, haben es angehende Studierende schwer. Die Leibniz Universität Hannover hat das große Potenzial von begabten Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund erkannt und lädt Migrantenvereine zur Kooperation ein. Gemeinsam will man junge Menschen aus so genannten Facharbeiterfamilien zu einem Studium in Hannover ermutigen und begleiten. In solchen Projekten zeigt sich, welche Erfolge möglich sind, wenn die interkulturelle Öffnung zu einer Strategie für die gesamte Stadtgesellschaft wird.



Ein weiterer Strang galt dem Motto „Train the Trainer“. Die interkulturelle Qualifikation von Erzieherinnen, Pädagogen und vielen weiteren Berufsfeldern muss ausgebaut werden. An Hochschulen sollte dieses Training endlich Teil der Curricula werden. Die Diskussion insgesamt zeigte, wie vielfältig die Herausforderungen der Integrationsbemühungen beim Thema Bildung bleiben und dass hier ein sehr lange Atem gefordert ist.

Zwei konkrete Empfehlungen

haben sich in der Nachbereitung aus dem Fachforum „Bildung“ ergeben:

- Erweiterung des „Rucksack“-Programms auf beide Elternteile (also Einbezug der Väter). *Kerngedanke hierbei ist, dass dieses gute und erfolgreiche Programm besonders unter den Gesichtspunkt der Bedeutsamkeit der Geschlechterrollen noch weiter verbessert werden kann, indem auch Väter einbezogen werden.*
- Prüfung weiterer außerschulischer Sprachförderungsangebote bei schulpflichtigen Jugendlichen jenseits der Grundschule (einschließlich Berufsschulen). *Ziel ist, auf eine tatsächliche Lücke im Sprachfördersystem hinzuweisen und an deren Schließung mitzuwirken z.B. durch Pilotprojekte an Berufsschulen oder anderen Schulen im Sek I+II-Bereich.*

¹ Unter www.hannover.de/integration/data/download/Eingaben_Forum_1.pdf finden Sie eine Dokumentation aller Eingaben zu diesem Forum.



Fachforum 2 „Wirtschaft“

Experte (intern):	Jes-Peter Hansen	Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Hannover
Expertin (extern):	Mehmet Kibar	Unternehmer, Mitglied im Integrationsbeirat Döhren-Wülfel

Die Teilnehmer/innen des Fachforums Wirtschaft saßen dicht gedrängt, da über 40 Personen über dieses Handlungsfeld mitdiskutieren wollten. Die vorab eingebrachten Eingaben zum Thema² ließen sich unter drei Schwerpunkte zusammenfassen: Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Weiterqualifizierung, ältere Migranten am Arbeitsmarkt sowie interkulturelle Kompetenz. All diese Punkte wurden in der Diskussion aufgegriffen, im Verlauf aber auch noch um weitere Themen ergänzt.



Dabei nahm das Thema interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Unternehmen einen breiten Raum ein. Die Teilnehmer/innen berichteten von grundsätzlichen Erkenntnissen und ihren persönlichen Erfahrungen, wobei auch das Thema Diskriminierung am Arbeitsmarkt aufgegriffen wurde. In diesem Zusammenhang wurde angeregt, aktuelle Modellprojekte wie die Erprobung von anonymisierten Bewerbungen auch in Hannover zu diskutieren, da etwa in der Stadtverwaltung Celle damit gute Erfahrungen gemacht worden seien.

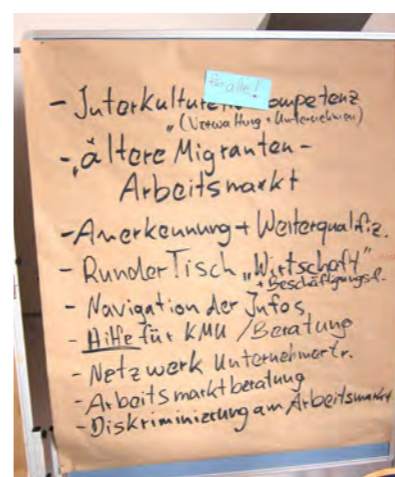


Die weitere Debatte beschäftigte sich mit Unternehmen, die von Personen mit Migrationshintergrund geführt werden. Hier wurde vor allem angeregt einen besseren Informationsfluss zu gewährleisten. Eine Navigation durch die Fülle von Informationen und Informationsstellen wäre sinnvoll. Des Weiteren wurde diskutiert, dass nach einer Existenzberatung die Hilfe nicht aufhören dürfte. Viele Existenzgründer mit Migrationshintergrund seien besonders in den ersten Jahren ihrer unternehmerischen Tätigkeiten mit hohen Anforderungen konfrontiert. Eine längerfristige Betreuung wäre nach Meinung einiger Teilnehmer wünschenswert.



Darüber hinaus wurde von mehreren Teilnehmer/innen der Wunsch geäußert sich besser zu vernetzen, z. B. in einem Netzwerk Unternehmer oder in einem Runden Tisch „Wirtschaft & Beschäftigungsförderung“. Diese Anregungen stießen auf ein zwiespältiges Echo, da die Meinungen im Fachforum bei diesem Punkt höchst unterschiedlich waren. Auf der einen Seite wurde der Nutzen solcher Runden Tische grundsätzlich angezweifelt oder die

Erfahrung geschildert, dass es in der Vergangenheit bereits solche Einrichtungen gab, auf der anderen Seite sahen die Ideengeber in diesem Vorschlag eine Chance den Informationsaustausch insbesondere zwischen den Akteuren zu stärken.



In Zusammenhang mit den beiden oben genannten Schwerpunktthemen, die sich aus den Eingaben ergeben hatten – „ältere Migranten im Arbeitsmarkt“ sowie „Anerkennung von Abschlüssen und Weiterqualifizierung“ – wurde das Thema um den Komplex Arbeitsmarktberatung erweitert. Insgesamt äußerten sich etliche Teilnehmer/innen unzufrieden über die Einbindung von Zugewanderten in den ersten Arbeitsmarkt. Einhelligkeit bestand bei der Anregung, zum Thema Wirtschaft und Integration in Zukunft stärker den Austausch und den Kontakt zu pflegen.

Aus dem Debattenverlauf im Fachforum „Wirtschaft“ ergaben sich folgende zwei Empfehlungen:

- Bereitstellung besonderer Förderangebote für Migrantenunternehmen in der lokalen Ökonomie
Ein Beispiel für solche Initiativen ist etwa die Förderung der Gründung der Interessengemeinschaft Goethestraße.
- Verbesserung der Vernetzung der Akteure beim Thema Anerkennung von ausländischen Abschlüssen.
Die geplante Anlaufstelle für die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen kann nur wirklich effektiv arbeiten, wenn die wechselseitigen Informationsflüsse gut organisiert sind.

² Unter www.hannover.de/integration/data/download/Eingaben_Forum_2.pdf finden Sie eine Dokumentation aller Eingaben zu diesem Forum.



Fachforum 3 „Soziales“

Experte (intern):	Wolfgang Strotmann	Leiter des Fachbereichs „Senioren“
Experte (intern):	Christoph Honisch	Stadtjugendpfleger der Landeshauptstadt Hannover
Expertin (extern):	Naciye Çelebi-Bektaş	DGB Hannover, Mitglied des Integrationsrates Hannover

Nr.	Thema	hier Punkte aufkleben!
6	Verzicht auf zentrale Anlaufstelle, stattdessen Ausbau „Clearingstelle“ (Migrationssozialberatung)	18 dots
9	Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention bei minderjährigen Flüchtlingen	10 dots
10	Fortschreibung Unterbringungskonzept mit Schwerpunkt dezentrale Unterbringung	8 dots
14	internationalen Jugendaustausch für einkommensschwache Kinder möglich machen	18 dots
16	Einbezug der MSOs bei Schaffung einer zentrale Anlaufstelle Migrationssozialberatung	12 dots
19	Vertragliche Regelung zur Ausbildung von Muslimen für die Krankenhaus- und Notfallseelsorge	6 dots
25	mehr Zugang für religiös bekennende Migranten zur Beratungstätigkeit	4 dots
26	nicht nur kultur-, sondern auch <i>religionssensible</i> Altenpflege	8 dots
33	Förderung für das Projekt „Hallo Einstein“, mehr Migrationssozialberatung, mehr Sanktionen	6 dots
41	Mehr Medienwege benutzen zur Information über Beratungsangebote / Willkommenspaket für Neuzuziehende	10 dots
42	Schaffung interkulturell ausgerichtet allgemeine Sozialberatung in Stadtteilen	18 dots
44	Ausstellung der Freizügigkeitsbescheinigung für alle EU-Bürger ohne Befristung und Ausschluss	4 dots
51	Kritik an monokulturellen Seniorengesprächskreisen im KSH (Kommunaler Seniorenservice)	8 dots
55	Beratungsmöglichkeit für Menschen ohne Papiere	14 dots
61	freie Mahlzeiten und kostenloser Nachhilfeunterricht in den Schulen	16 dots



Das Fachforum 3 „Soziales“ verzeichnete überdurchschnittlich viele Eingaben im Vorfeld – was nicht überraschend ist, weil es das Themenfeld mit der größten inhaltlichen Spannweite von Frauen, Kinder und Jugendlichen über Gesundheit, Sozialberatung und Illegale bis hin zu Sexueller Identität und Migration war. Um der Menge an Eingaben³ gerecht zu werden, wurden die über 50 Teilnehmer/innen des Forums gleich zu Beginn mit einer Punkteabfrage

zu einer inhaltlichen Gewichtung der vorliegenden Eingaben gebeten. Jede/r konnte mit zwei roten Klebepunkten die Themen auswählen, die vorrangig behandelt werden sollten.



Hierbei erwies sich das Thema „Migrationssozialberatung“ als klarer Favorit. Sehr stark gewichtet wurde auch die Unterstützung von Kindern aus einkommensschwachen Familien beim internationalen Austausch. Alle anderen Themen fielen hierhinter deutlich zurück. Diese klare Priorität spiegelt sich auch in den Empfehlungen für dieses Handlungsfeld (siehe weiter unten).

Danach wurde die Runde geöffnet für weitere Vorschläge, die behandelt werden sollten. Insgesamt zeichneten sich in den Beiträgen hierzu drei Schwerpunkte ab:

- Beratungsstellen (Forderung nach dezentralem Zugang zu interkulturell kompetenten Beratungsleistungen)
- Partizipation (Forderung nach Machtbeteiligung und Gestaltungskraft für Migrantenselbstorganisationen)
- Armut und Wege zu ihrer Bekämpfung (z.B. durch freie Mahlzeiten in den Schulen)

Überraschender Weise nahm auch das Thema „Einbürgerung“ viel Raum ein, denn eigentlich gehörte dieser Punkt zum Fachforum „Demokratie & Stadtverwaltung“. Es meldete sich gleichwohl hierzu eine Reihe von Teilnehmer/innen mit Kritik an den Kosten, dem Zwang zur Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit und der Länge des Verfahrens zu Wort.

³ Unter www.hannover.de/integration/data/download/Eingaben_Forum_3.pdf finden Sie eine Dokumentation aller Eingaben zu diesem Forum.



Fachforum 3 „Soziales“

Experte (intern):	Wolfgang Strotmann	Leiter des Fachbereichs „Senioren“
Experte (intern):	Christoph Honisch	Stadtjugendpfleger der Landeshauptstadt Hannover
Expertin (extern):	Naciye Çelebi-Bektaş	DGB Hannover, Mitglied des Integrationsrates Hannover



Der Wunsch nach mehr Partizipation wurde wiederholt auch in der Form geäußert, dass ein Mangel an gesellschaftlicher Wahrnehmung und an Einfluss für Migrantinnen und Migranten und ihrer Organisationen beklagt wurde. Auf die eine oder andere Weise war so das Thema der Benachteiligung präsent: MSOs würden von Gestaltungsmöglichkeiten („Macht“) und vom Zugang zu finanziellen Mitteln ferngehalten. Deshalb werde institutionelle Förderung von MSOs benötigt, bzw. müssten sich Organisationen wie beispielsweise der Stadtjugendring öffnen für MSOs.



Mit Blick auf die städtischen Mitarbeiter/innen des Fachbereichs Jugend und Familie wurde gefordert, dass sie stärker in interkultureller Kompetenz fortzubilden seien. Stadtjugendpfleger Honisch legte darauf hin dar, wie und wo dies bereits stattfindet. Außerdem wurde gewünscht, dass der kommunale Dienstleistungsservice für Migrantinnen und Migranten nicht in Sonderprogramme und Spezialdienste abgeschoben werden sollte, sondern der ganz normale Regeldienst solle auch für Migrantinnen und Migranten einen guten Service bieten. Herkunft solle insgesamt keine Rolle mehr spielen (Schlagwort „inklusive Gesellschaft“).



Es gab auch lobende Worte für den Lokalen Integrationsplan. Hannover befinde sich hier auf einem guten Weg, weil der LIP einen Entwicklungsprozess sowohl von oben nach unten als auch von unten nach oben eingeleitet habe. In gewisser Weise – so das paradoxe Lob eines Teilnehmers – seien Foren wie das Integrationsforum sogar überflüssig, weil der Integrationsprozess in Hannover schon über den Punkt hinaus sei, wo man solche Dialog-

Foren noch benötige.

Die aus dem Fachforum „Soziales“ gezogenen Empfehlungen orientieren sich an den beiden Prioritäten des Fachforums in der Punkteabfrage:

- Ausbau und Weiterentwicklung der Clearingstelle in der Ausländerbehörde
Die Clearingstelle wird bislang gemeinsam von den Migrationsdiensten der Wohlfahrtsverbände betrieben, mit Ausbau ist eine engere Verzahnung mit der Stadtverwaltung gemeint.
- Förderung des internationalen Jugendaustauschs für Schüler/innen mit Migrationshintergrund
Gedacht ist z.B. an eine Finanzierung von einigen reservierten Schüleraustausch-Plätzen für Migrantenjugendliche.



Fachforum 4 „Stadtleben“

Experte (intern):	Michael Heesch	Leiter des Fachbereichs „Planen und Stadtentwicklung“
Experte (extern):	Asghar Eslami	Koordinator Kargah e.V., Mitglied des Integrationsrates Hannover und MiSO-Netzwerks



Gut zwei Dutzend Personen nahmen am Fachforum 4 zum LIP-Themenfeld „Stadtleben“ teil, welches sich aus den Teilaspekten „Religion“, „Kultur“, „Sport“ und „Stadtentwicklung“ zusammensetzt. In der Vorbereitung des Forums hatten sich beide Experten darauf verständigt, die in den Wochen zuvor eingereichten Diskussionsbeiträge inhaltlich zu bündeln. Daraus ergaben sich zwei große Themenfelder:

- Erweiterter Dialog sowie mehr Begegnung zwischen den Religionsgemeinschaften und verwandten Organisationen,
- Verbesserung der Informationsvermittlung gegenüber den Eingewanderten.



Zu Beginn der Runde hatten die Teilnehmer/innen zudem die Möglichkeit, noch weitere Themen vorzuschlagen. Besonders häufig wurden dabei die Bereiche des Vereinswesens und der Kulturförderung genannt, die im weiteren Verlauf der Diskussion dann auch einigen Raum einnahmen.

Einigkeit herrschte darüber, dass die Kommunikation zwischen den vielen verschiedenen Akteuren gegenwärtig noch nicht zufriedenstellend funktionierte. So finde zwar in Teilen schon einiges an Vernetzung statt, aber die Potenziale seien bei weitem noch nicht voll genutzt. Die städtischen Kultur- und Freizeiteinrichtungen stünden Migrantenselbstorganisationen kaum zur Verfügung, hieß es beispielsweise. Besonders schwierig scheint es auch zu sein, ältere Migrant/innen zu erreichen, als Grund hierfür wurden vor allem mangelnde Sprachkenntnisse auf beiden Seiten benannt. Einige Diskussionsteilnehmer/innen berichteten in diesem Zusammenhang von ihren Erfahrungen in Sportvereinen oder Kulturstätten, bei denen es immer wieder ein Problem darstelle, Migrant/innen dafür zu gewinnen, auf der Planungs- und Organisationsebene mitzuwirken.



Nicht selten fehle es allerdings auch an Einsicht innerhalb der Vereine, dass die Einbindung von Migrant/innen nicht von selbst passiert. Ein Forumsteilnehmer schlug deshalb vor, diese Situation durch „Vereinslotsen“ zu verbessern, die nach dem Vorbild der Integrationslotsen aktiv werden könnten. So könnte diese „Selbstgenügsamkeit“, also der oft unreflektierte Wunsch „unter sich“ zu bleiben, durch den Abbau von Berührungängsten aufgelöst werden. Wichtig sei es in diesem Zusammenhang außerdem, die Identifikation mit der Stadt bzw. einzelnen Stadtteilen zu stärken.

Gegen Ende des Fachforums wurde zudem ein Pilotprojekt mit Namen „Begegnung der Religionen“ vom Integrationsbeirat Kirchrode-Bemerode-Wülferode vorgestellt. Ziel dieses Projekts soll der regelmäßige Austausch untereinander sein, wobei dieser Austausch durchaus auch durch Einzelpersonen stattfinden könne. Denn, wie ein Teilnehmer feststellte, müssen es nicht immer gleich ganze Religionen sein, die sich begegnen, sondern schlicht Menschen.

Zwei Empfehlungen haben sich aus diesem Fachforum ergeben:

- Prüfung, wie die umfassenden Angebote der Stadtteileinrichtungen noch stärker bekannt gemacht werden können.
Da man ein Angebot, das man nicht kennt, auch nicht nutzen kann, kann eine verstärkte Information mitwirken daran, mögliche Zugangsbarrieren zu beseitigen.
- Einbindung des Kunstwerkes „Wait a Minute“ in eine interreligiöse Veranstaltungsreihe in den Stadtteilen
Dieses Kunstwerk wurde vom Forum und Rat der Religionen inhaltlich gestaltet und schafft Gesprächsanlässe, die helfen können interreligiöse Dialoge zu initiieren.

⁴ Unter www.hannover.de/integration/data/download/Eingaben_Forum_4.pdf finden Sie eine Dokumentation aller Eingaben zu diesem Forum.



Fachforum 5 „Demokratie & Stadtverwaltung“

Experte (intern):	Harald Härke	Leiter des Fachbereichs „Steuerung, Personal und Zentrale Dienste“
Expertin (extern):	Dr. Koralia Sekler	Kuratorin des Gesellschaftsfonds (GFZ); Mitglied des Integrationsrates Hannover

Auch das Forum 5 „Demokratie & Stadtverwaltung“ verzeichnete viele Eingaben im Vorfeld, die sich fast alle auf das LIP-Themenfeld „Demokratie“ bezogen.⁵ Die Plenumsdiskussion blieb – anders als im Forum 3 – recht dicht an diesen Vorschlägen.

Das Thema „Einbürgerung“ nahm zunächst in der Aussprache viel Raum ein. Es gab eine Reihe von kritischen Äußerungen zur Praxis des Einbürgerungsverfahrens. Die aktuelle Einbürgerungskampagne sollte größere Berücksichtigung in den Stadtbezirken finden, als Möglichkeit hierzu wurden Infoveranstaltungen in den einzelnen Integrationsbeiräten vorgeschlagen. Es wurde u.a. auch gefordert, die Formulare sprachlich einfacher zu gestalten.



Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden die einzelnen Eingaben zum Fachforum nacheinander in den Blick genommen. Dabei fand die Eingabe Nr. 34 Zuspruch, in welcher eine Koordinierung der Arbeit der Integrationsbeiräte aus einer Hand einer städtischen Mitarbeiterin vorgeschlagen wurde. Fachbereichsleiter Harald Härke entgegnete als interner Experte, dass diese Aufgabe durchaus wahrgenommen werde, allerdings nicht zentral, eine Chance auf Einrichtung einer neuen Stelle sah er nicht.

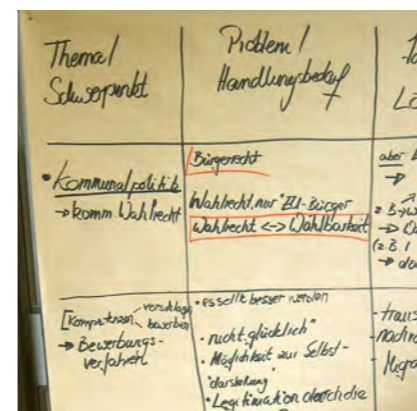


Großer Konsens herrschte auch bezüglich der Einrichtung einer weiteren Antidiskriminierungsstelle außerhalb der Stadtverwaltung, die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung wurde allseits bestätigt. Eher unrealistisch war allerdings die wiederholt geäußerte Forderung, die Stadt müsse eine solche Antidiskriminierungsstelle außerhalb der Stadtverwaltung finanzieren.

Sehr kontrovers diskutiert wurde das geplante neue Bewerbungsverfahren zum Migrationsausschuss. Das Verfahren habe in sich zu viele Mängel, insbesondere der Aspekt, dass die Bewerber/innen sich in Form eines Vorstellungsgespräches präsentieren müssten, stieß auf Kritik. Völlig konsensfähig war hingegen die Forderung nach Umwandlung des Migrationsausschusses in einen „Ausschuss besonderen Rechts“, in welchem die bislang nur beratenden Mitglieder voll stimmberechtigt wären. Unter dem Aspekt der Wertschätzung wurde eine solche Umwandlung sehr gut geheißen.

⁵ Unter www.hannover.de/integration/data/download/Eingaben_Forum_5.pdf finden Sie eine Dokumentation aller Eingaben zu diesem Forum.

Allerdings liegt die Entscheidungshoheit in dieser Frage auf der Ebene der Landesregierung, ohne eine entsprechende Gesetzesänderung ist die geforderte Umwandlung nicht möglich.



Die Einführung eines kommunalen Wahlrechtes für alle Einwohner/innen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit wurde allgemein befürwortet. In der Debatte hierüber spielte der Aspekt der Wertschätzung eine große Rolle. Auch wenn bisher alle Vorstöße in die Richtung „kommunales Wahlrecht für alle“ erfolglos waren, sollte dieses Ziel des LIP nicht aufgegeben werden.

Die weitere Debatte löste sich von den einzelnen Eingaben und fokussierte mehr die Rolle des LIP insgesamt. So wurde kritisiert, dass der LIP seit seiner Verabschiedung zu wenig bekannt gemacht worden sei und gerade die Migrantenselbstorganisationen zu wenig informiert worden seien über seine Umsetzung. Es müsse auch gefragt werden, wie die Inhalte des LIP alle Hannoveraner/innen erreichen. Schließlich betreffe der LIP Menschen ohne Migrationshintergrund nicht weniger als jene mit Migrationshintergrund. Deshalb wurde vorgeschlagen, den LIP noch stärker in den Stadtbezirken und Integrationsbeiräten zu diskutieren.

Zwei der nachfolgenden Empfehlungen (zu Einbürgerung und Antidiskriminierungsstelle außerhalb der Stadtverwaltung) greifen diesen Verlauf auf, die dritte Empfehlung bezieht sich auf eine schriftliche Eingabe, in welcher mehr Angebote zur politischen Bildung für die Mitglieder der Integrationsbeiräte gefordert worden war.

Die Empfehlungen sind:

- mehr Werbung für Einbürgerung
- Einladen zu Gesprächen über eine mögliche Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle außerhalb der Verwaltung
Da das Interesse an einer verwaltungsunabhängige Antidiskriminierungsstelle offenkundig groß ist, sollte gemeinsam versucht werden, eine realistische Perspektive hierfür zu entwerfen.
- Prüfen, ob Weiterbildungsangebote der stadinternen Fortbildung für Integrationsbeiratsmitglieder geöffnet werden können
Dies wäre eventuell ein weitgehend kostenneutraler Schritt, um rasch noch mehr Angebote zur politischen Bildung für die Mitglieder der Integrationsbeiräte zu schaffen.



Behandlung der Ergebnisse des I-Forums im Integrationsrat Hannover

Sitzung vom 22. September 2011

Nr.	Thema	hier Punkte aufkleben!	
Bildung			
1	Erweiterung des „Rucksack“-Programms auf Eltern (inkl. Väter)		22
2	Außerschulische Sprachförderung bei schulpflichtigen Jugendlichen auch jenseits der Grundschule (insbesondere Berufsschule)		25
Wirtschaft			
3	Besondere Förderangebote für Migrantenunternehmen in der lokalen Ökonomie		17
4	Bessere Vernetzung der Akteure beim Thema Anerkennung von Abschlüssen/Qualifizierungen		18
Soziales			
5	Ausbau und Weiterentwicklung der Clearingstelle in der Ausländerbehörde		5
6	Förderung des internationalen Jugendaustausches für Kinder mit Migrationshintergrund		15
Stadtleben			
7	Prüfen, wie die umfassenden Angebote der Stadtteilinrichtungen stärker bekannt gemacht werden können.		6
8	Einbindung der Skulptur für die Weltreligionen „Please wait a minute“ in eine Veranstaltungsreihe in den Stadtteilen		14
Demokratie & Stadtverwaltung			
9	mehr Werbung für Einbürgerung		9
10	Einladen zu Gesprächen über eine mögliche Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle außerhalb der Verwaltung		4
11	Prüfen, ob Weiterbildungsangebote der stadternen Fortbildung für Integrationsbeiratsmitglieder geöffnet werden können		3



Im Ergebnis zeichnete sich eine starke Präferenz für die Felder 1 „Bildung“ und 2 „Wirtschaft“ ab, deren jeweils zwei Empfehlungen die meisten Punkte (22 und 25 Punkte für die Vorschläge im Feld „Bildung“ bzw. 17 und 18 Punkte im Feld „Wirtschaft“) erhielten.



Zusätzlich stark gepunktet wurde im Feld 3 „Soziales“ die Empfehlung den internationalen Jugendaustausch für Jugendliche mit Migrationshintergrund gezielt zu fördern (15 Punkte) und der Vorschlag, die interreligiöse Skulptur „Please wait a minute“ bei ihrer Tour durch die Stadtbezirke zum Anlass für interreligiöse Begegnungen zu machen (14 Punkte).

Oberbürgermeister Weil kündigte an, dass die Verwaltung ihre Bemühungen insbesondere auf diese fünf am meisten gepunkteten Empfehlungen konzentrieren und dem Integrationsrat darüber Bericht erstatten werde.

Bei der letzten Sitzung des Integrationsrates für das Jahr 2011 unter Vorsitz von Oberbürgermeister Weil gab die Fachverwaltung den Mitgliedern einen Bericht über den Verlauf der einzelnen Fachforen und stellte anschließend die elf Empfehlungen vor, die sich aus den Diskussionen ergeben haben.

Oberbürgermeister Weil bat nach Beendigung der Aussprache alle Mitglieder mit Hilfe von Klebepunkten die elf Empfehlungen zu gewichten.

Fünf Klebepunkte pro Person konnten beliebig kumuliert oder verteilt werden.

ZWEITES INTEGRATIONSFORUM 2011

Weitere Informationen:

Büro Oberbürgermeister
Integration, Politik und Verbände
Telefon: 0511 | 1 68-4 14 46
e-mail: 15.21.in@hannover-stadt.de

Den Lokalen Integrationsplan und weitere
Informationen zum Integrationsprozess
finden Sie unter:

www.integration-hannover.de

Landeshauptstadt

Hannover

Der Oberbürgermeister

Büro Oberbürgermeister
Integration, Politik und Verbände

Rathaus Trammplatz 2
30159 Hannover
e-mail 15.21.in@hannover-stadt.de
Internet www.integration-hannover.de

Gestaltung | www.grafolux.de

Fotos | Stadt Hannover

HAN
NOV
ER 